



MEIN BERICHT AUS DEM THÜRINGER LANDTAG - AUSGABE FEBRUAR 2019

Zulassungen für ausländische Ärzte und Anerkennung der Berufsqualifikation für ausländisches Pflegepersonal in Thüringen verbessern

Der Thüringer Landtag diskutierte auf Antrag der CDU-Fraktion die Approbationen und Zulassungen für ausländische Ärzte und die Anerkennung der Berufsqualifikation für ausländisches Pflegepersonal in Thüringen. Darüber hinaus fordert der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Christoph Zippel: „Sorge zu tragen, dass das Landesverwaltungsamt - in Abstimmung mit der Universität Jena - ein standardisiertes Verfahren zu entwickeln, um Approbationen und Zulassungen zu beschleunigen und zu entbürokratisieren.“ Ferner erwartet die CDU-Fraktion von der rot-rot-grünen Landesregierung mittels einer Bundesratsinitiative dafür zu sorgen, dass Berufserlaubnisse deutschlandweit gültig sind und so bei einem Übertritt in ein anderes Bundesland kein neues Verfahren notwendig wird. „Die Landesregierung muss endlich Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind, um die Approbationen und Zulassungen ausländischer Ärzte sowie damit einhergehende Prozesse zu beschleunigen“, so der Abgeordnete Zippel. Zippel führte weiter aus: „Es müssen auch alle Maßnahmen ergriffen werden, die notwendig sind, um die Anerkennung der Qualifikationen von ausländischem Pflegepersonal sowie damit einhergehende Prozesse zu beschleunigen.“ Die Abgeordneten des Thüringer Landtags überwiesen den Plenarantrag der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag in den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit.



ImPULS Regelschule Schmiedefeld zu Gast im Thüringer Landtag



Die neunten und zehnten Klassen der ImPULS Regelschule Schmiedefeld waren gemeinsam mit ihren Lehrern Doreen Kaiser und Andreas Franzke sowie der Schulsozialarbeiterin Martina Muth zu Besuch im Thüringer Landtag. Eingeladen hatte sie Landtagsabgeordneter Andreas Bühl (CDU). Die engagierten Lehrer und Schüler sind für Bühl Beweis dafür, dass kleine Regelschulen nicht weniger leistungsfähig als große Schulen sind. „Die Mindestschülerzahl von 220 Schülern für

Regelschulen im Schulgesetzentwurf von Rot-Rot-Grün ist unrealistisch und entzieht guten Schulen im ländlichen Raum wie Schmiedefeld die Grundlage zur Eigenständigkeit. Gemeinsam müssen wir dafür streiten, dass die Schule in Schmiedefeld im Jahr 2020 ihr hundertjähriges Bestehen in Eigenständigkeit feiern kann.“, so Landtagsabgeordneter Andreas Bühl

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Feier- und Gedenktagesgesetzes – Einführung des Weltkindertages als gesetzlichen Feiertag

In zweiter Beratung hat der Thüringer Landtag mit den Stimmen der Linkskoalition das Thüringer Feiertagesgesetz geändert und den 20. September als weiteren Feiertag (Weltkindertag) im Freistaat gesetzlich verankert. Mit Blick auf die zu dem Gesetzentwurf durchgeführte Anhörung im Innenausschuss sagte die CDU-Politikerin Gudrun Holbe: „Meine Fraktion bezweifelt, dass der mit dieser Initiative angestrebte Schutz von Kindern erreicht oder Kinderarmut erfolgreich bekämpft werden kann.“ Überdies stelle sich für die Arbeitgeber das Problem, „dass ein weiterer Feiertag zu ihren Lasten ginge, weil die entstehenden Kosten nicht durch den Gesetzgeber ausgeglichen werden.“ Denn schon jetzt zahlt ein Unternehmer im Durchschnitt 30 Tage Urlaub und, wenn gewünscht, weitere 5 Tage nach dem Bildungsfreistellungsgesetz. Dazu kommen 10 Feiertage, also maximal 45 Tage pro Kalenderjahr. Auch machte Holbe deutlich, dass „ein weiterer Feiertag nur durch erhöhte Arbeitsbelastung und zusätzliche Mehrarbeit zu realisieren ist. Zudem würde ein landesspezifischer Feiertag die Produktions- und Lieferketten erheblich stören.“ Statt einem weiteren Feiertag forderte Holbe „die Förderung von Projekten von und mit Kindern zur Umsetzung der Kinderrechte, die Unterstützung der Eltern in ihrer Erziehungskompetenz, Fort- und Weiterbildungen der pädagogischen Kräfte zur Umsetzung der Kinderrechte und zur Demokratiebildung sowie die personelle Unterstützung der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.“



Ilm-Kreis muss mehr Tempo machen beim Breitbandausbau



Vor drei Jahren hatte Landtagsabgeordneter Andreas Bühl (CDU) erstmals Kontakt zum Landratsamt aufgenommen, um über die damals neuen Förderprogramme des Bundes für Breitbandausbau zu sprechen und für eine Teilnahme des Ilm-Kreises zu werben. Nun fragte Bühl bei der Landesregierung ab, welche Landkreise bereits Zuwendungsbescheide für den Breitbandausbau erhalten haben und für welche Technologie diese genutzt werden sollen. Der Ilm-Kreis finde sich nicht bei den Kreisen wieder, die schon einen Förderbescheid bekommen haben, teilte Wirtschaftsminister Tiefensee mit. Auch habe der Ilm-Kreis nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht die Förderanträge anzupassen und eine Förderung der Verlegung von Glasfaserkabeln bis direkt in die Häuser zu beantragen, so die Antworten des Wirtschaftsministeriums.

Beantragt sei nur die Verlegung von Glasfaserkabel bis zu Kabelverteilerkästen. Die letzten Meter sollten weiter mit Kupferkabel erfolgen. Damit würden deutliche Geschwindigkeitsverluste beim schnellen Internet einhergehen, ist sich Landtagsabgeordneter Andreas Bühl sicher.

Ein wesentlicher Standortfaktor für eine Technologieregion wie wir sie in Ilmenau haben, aber auch und gerade für den ländlichen Raum sei schnelles Internet. Er könne nicht verstehen, warum der Ilm-Kreis hier nicht deutlich mehr Tempo mache. Auch der lange Zeit angekündigte Breitbandbeauftragte des Kreises sei erst jetzt im Februar besetzt wurden. Aus den Listen des Wirtschaftsministeriums gehe hervor wie viele Kreise in Thüringen schon weiter seien. „Aber auch insgesamt ist es schwer nachvollziehbar, warum es in Thüringen nicht zügiger vorgeht. Gerade einmal ein Prozent der Haushaltsmittel des Wirtschaftsministeriums im letzten Jahr für den Breitbandausbau seien abgerufen wurden, konnten wir in den aktuellen Haushaltsverhandlungen hören.“, zeigte Bühl als Mitglied im Wirtschaftsministerium sein Unverständnis.